



Geschäftsführung:
Fachdienst Kulturmanagement

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung
des Kulturausschusses der Stadt Lüdenscheid**

am 07.06.2018

im Roten Saal des Kulturhauses, Freiherr-vom-Stein-Straße 9

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Norbert Adam	CDU	
Ratsherr Rolf Breucker	SPD	
Ratsherr Gordan Dudas MdL	SPD	Vertreter für Ratsfrau Barbara Tünsmeier
Ratsherr Jan Eggermann	SPD	
Ratsherr Fabian Ferber	SPD	
Ratsherr Oliver Fröhling	CDU	Vertreter für Frau Magdalena Schulte ab 18:00 Uhr
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	
Ratsherr Jens Holzrichter	FDP	Vertreter für Frau Martina Kunze bis 18:45 Uhr
Ratsfrau Evangelia Kasdanastassi	SPD	Vertreter für Frau Sura Acun-Türkyilmaz
Ratsherr Yasin Kut	DIE LINKE	
Ratsherr Peter Oettinghaus	Alternative für Lüdenscheid	
Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde	CDU	
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn	CDU	Vertreterin für Frau Magdalena Schulte bis 18:00 Uhr
Erste Stellvertretende Bürgermeisterin Verena Szermerski-Kasperek	SPD	
Ratsherr Sebastian Wagemeyer	SPD	
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß	CDU	
Herr Martin Kahler	CDU	
Herr Lucas Karich	CDU	
Herr Ulrich Klebeck	FDP	
Herr Matthias Wagner	Bündnis 90/Die Grünen	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Hans-Ludwig Knau
Herr Markus Scheidtweiler
Herr Prof. Günter Spies
Frau Michaela Wortmann

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Frau Sandra Manß Internationale Liste der SPD

Verwaltung:

Beigeordneter Thomas Ruschin
Herr Stefan Frenz
Herr Tim Begler
Frau Dr. Susanne Conzen
Frau Rebecca Egeling
Frau Dagmar Plümer
Herr Dr. Eckhard Trox
Frau Kristina Kraemer
Frau Renate Mengedodt
Frau Christin Spangenberg
Herr Georg Thomys

Schriftführung:

Frau Ramona Kielgast

Gäste:

Herr Rolf Scholten
Frau Susanne Thomas

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Barbara Tünsmeier	SPD
Frau Sura Acun-Türkyilmaz	DIE LINKE
Frau Martina Kunze	FDP
Frau Magdalena Schulte	CDU

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:15 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Keine Wortmeldung

Beschluss:

entfällt

2. Nutzung von Räumen in der Stadtbücherei / Anregung des Vereins der Freunde der Stadtbücherei

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Adam begrüßt den Vorsitzenden des Vereins Freunde der Stadtbücherei, Herrn Rolf Scholten, und unterbricht die Sitzung für die Dauer des Vortrages von Herrn Scholten.

Herr Scholten stellt als Vertreter seines Vereins die Ergebnisse bzw. Vorschläge vor, die sich aus Gesprächen mit Vertretern der Verwaltung über das Brandschutzkonzept für die Stadtbücherei ergeben haben. Abschließend bittet er darum, das Brandschutzkonzept dahingehend zu aktualisieren, dass zumindest der Markt der Stadtbücherei wieder für Veranstaltungen genutzt werden darf.

Herr Thomys vom Fachdienst Bauordnung bringt zum Ausdruck, dass die Baugenehmigung für die Stadtbücherei nur den Leihverkehr für die Medien vorsieht, evtl. auch mal eine Le-

sung. Die Stadtbücherei sei aber keine Versammlungsstätte. Es ist nicht beabsichtigt, gegen Bagatelvergehen vorzugehen, wie z. B. das Aufhängen von Bildern für den Architekturwettbewerb. Veranstaltungen mit vielen Besuchern, die dem eigentlichen Sinn des Betriebes der Stadtbücherei entgegenstehen, seien von der bisherigen Baugenehmigung jedoch nicht abgedeckt. Es habe bereits vor einigen Jahren einen Bauantrag für eine Nutzungsänderung gegeben. Wegen der schlechten finanziellen Situation der Stadt Lüdenscheid und der Entwicklung des IHK Altstadt sei dieser aber nicht finalisiert worden. Nun müsse geprüft werden, ob man das Verfahren des Bauantrages wieder aufleben lassen kann oder ob es andere Möglichkeiten gibt. Auf jeden Fall muss das Brandschutzkonzept aktualisiert werden. Über die einzuplanenden Kosten kann Herr Thomys nichts sagen und verweist auf die Zentrale GebäudeWirtschaft.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Adam bittet den Kulturausschuss um Abstimmung im Sinne des Vorschlags von Herrn Scholten.

Es wird einstimmig beschlossen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Brandschutzkonzept für den Bereich des Marktes in der Stadtbücherei erstellen zu lassen. Dieses soll die Grundlage dafür sein, dass der Markt wieder nutzbar wird für Veranstaltungen. Hierfür ist ein Nutzungsänderungsantrag zu stellen, wofür ein Brandschutzkonzept vorgelegt werden muss.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

3. Satzung über die Gebühren des Stadtarchivs der Stadt Lüdenscheid Vorlage: 091/2018

3.1. Satzung über die Gebühren des Stadtarchivs der Stadt Lüdenscheid / 1. Ergänzung Vorlage: 091/2018/1

Herr Begler erläutert, dass die Gebührensatzung des Stadtarchivs im Sinn des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) überarbeitet worden ist. Die Gebührenerhöhung ist sehr moderat ausgefallen. Es hat lediglich Anpassungen für die technischen Digitalisaten sowie Porto- und Verpackungskosten gegeben. Herr Begler hebt hervor, dass Wert darauf gelegt wird, dass die gewerblichen Erbenermittler höhere Gebühren zahlen müssen als Privatpersonen für eigene Zwecke.

Herr Frenz weist auf einen redaktionellen Fehler in der Begründung hin. Es gilt die Beratungsfolge für die Beschlussvorlage am 25.06.2018 im Hauptausschuss und der Ratsbeschluss am 09.07.2018.

Es wird einstimmig beschlossen.

Beschluss:

Die als Anlage 2 beigefügte Satzung über die Gebühren des Stadtarchivs der Stadt Lüdenscheid, sowie die zugehörige Anlage gemäß § 2 Absatz 2 der Satzung über die Gebühren des Stadtarchivs der Stadt Lüdenscheid wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

4. Neufassung der Satzung zur Bestimmung eines Ausschusses für die Aufgaben nach dem Denkmalschutzgesetz NRW Vorlage: 090/2018

Ratsherr Weiß schlägt eine Abstimmung nach Vorlage vor.

Herr Beigeordneter Ruschin erläutert kurz den rechtlichen Hintergrund der neuen Satzung.

Es wird einstimmig beschlossen.

Beschluss:

Die Satzung zur Bestimmung eines Ausschusses nach dem DSchG NRW wird in der Fassung gem. *Anlage 2* beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

5. Durchführung von Denkmalwertuntersuchungen und denkmalrechtlichen Eintragungsverfahren gem. Denkmalschutzgesetz NRW (DSchG NRW) Vorlage: 093/2018

Der Bericht wird vom Kulturausschuss zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Der schriftliche Bericht „Durchführung von Denkmalwertuntersuchungen und denkmalrechtlichen Eintragungsverfahren gem. Denkmalschutzgesetz NRW“ sowie der diesbezügliche Arbeitsstand wird vom Kulturausschuss zur Kenntnis genommen.

6. Bildung eines politischen Begleitgremiums für das Kulturhaus Besetzung und ggf. Bericht über die erste Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Adam teilt mit, dass ein Bericht nicht abgegeben werden kann, weil noch keine Sitzung stattgefunden hat.

Ratsherr Breucker bittet um einen vorzeitigeren Termin für die erste Sitzung des politischen Begleitgremiums Kulturhaus als geplant. Dieser wird anschließend mit Herrn Frenz abgestimmt.

Beschluss:

entfällt

7. Bericht aus dem Kulturbeirat Projekt(e) zur Verbesserung der kulturellen Teilhabe

Herr Scheidtweiler berichtet, dass sich der Kulturbeirat mit den beiden Schwerpunkten Teilhabe und Marketing beschäftigt. Er bittet ein weiteres Mitglied des Kulturbeirates, Frau Thomas, die Arbeit zu dem Punkt Teilhabe zu erläutern. Für die Dauer der Ausführungen von Frau Thomas unterbricht der Ausschussvorsitzende Ratsherr Adam die Sitzung.

Frau Thomas bringt zum Ausdruck, dass der Kulturbeirat nach Möglichkeiten sucht, die Bevölkerung für die kulturelle Teilhabe zu begeistern bzw. zu ermöglichen. Sie stellt die Idee eines „Kulturdealers“ als einen Teil des Teilhabegesamtkonzeptes vor. Es geht darum, auf Vertrauensbasis und auf dem „kleinen Dienstweg“ Menschen zu gewinnen, die dabei helfen, kulturelle Teilhabe zu ermöglichen. In anderen Kommunen wird dieses Projekt auch Kulturloge genannt und ist gebührenpflichtig. Wer die Vergünstigungen der Kulturloge nutzen möchte, muss erst einmal an anderer Stelle seine Bedürftigkeit nachweisen. Dieses möchte der Kulturbeirat auf gar keinen Fall. Ein besonderes Anliegen des Kulturbeirates ist es, insbesondere den Menschen, die ein geringes Einkommen haben, kulturelle Teilhabe zu ermöglichen.

Genau wie die Lüdenscheider Bevölkerung sollte auch der „Kulturdealer“ gut vernetzt sein, um für diverse Veranstaltungen die Eintrittskarten vergünstigt oder unentgeltlich anbieten zu können; dies entscheidet der Veranstalter selbst. Der „Kulturdealer“ kann sowohl eine Privatperson als auch ein Verein o.ä. sein, der also Verbindungen zu Menschen mit geringem Einkommen hat, um diesen von sich aus die Vergünstigungen zukommen zu lassen, ohne dass die Betroffenen einen Antrag stellen oder darum bitten müssen.

Der Kulturbeirat hofft, dass sich die städtischen Einrichtungen durch ihre Vorbildfunktion an dem Projekt beteiligen würden. Herr Frenz gibt bekannt, dass auch die städtischen Einrichtungen Interesse an dem Projekt haben. Es ist geplant, dass dieses Projekt zunächst im Kulturhausschuss vorgestellt und zur Kenntnis genommen wird. Weiterhin ist beabsichtigt, für die nächste Sitzung des Kulturausschusses, die für die Zeit noch vor den Sommerferien geplant ist, eine Vorlage zu fertigen, um die Beteiligung der städtischen Einrichtungen auf eine Grundlage zu stellen. Der Kulturausschuss wird dann darüber einen Beschluss fassen.

Herr Scheidtweiler weist darauf hin, dass der Kulturbeirat eine Internet-Plattform zur Verfügung stellen wird, auf der sich jeder registrieren lassen kann, der an dem Projekt teilnehmen möchte. Außerdem berichtet er, dass für die Veranstaltung des Vereins Kalle e.V. zum Stadtjubiläum im Kulturhaus 10 Eintrittskarten an Menschen verteilt werden sollen, die ansonsten nicht daran teilnehmen könnten. Frau Wortmann ergänzt, dass es dem Kulturbeirat wichtig ist, dass die an der Kultur interessierten Menschen nicht in eine Bittsteller-Position gedrängt werden sollen.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Adam möchte wissen, ob der „Kulturdealer“ mit dem Kulturinteressierten zusammen die etwaige Veranstaltung besuchen wird. Dies bestätigen Frau Thomas und Herr Scheidtweiler.

Herr Kahler fragt nach Erfahrungswerten eines solchen Projektes. Frau Thomas berichtet von anderen Institutionen im Bundesgebiet, deren Arbeit gut angenommen wird, wobei die Verfahrensweise regional unterschiedlich ist.

Ratsherr Breucker findet das Projekt ganz hervorragend. Es werden sich sicher Wohlfahrtsverbände, Vereine und Privatpersonen finden, die als Paten tätig werden können. Ihn stört der Begriff „Dealer“. Er könnte sich eher „Kulturpate“ oder etwas anderes vorstellen. Auch der Ausschussvorsitzende Ratsherr Adam und einige Ausschussmitglieder meinen, dass der Begriff „Dealer“ negativ belegt ist und man über eine Namensgebung noch einmal nachdenken sollte.

Frau Wortmann gibt bekannt, dass der Arbeitskreis Marketing weitere Ergebnisse erarbeitet hat. Diese werden im Kulturhausschuss bekannt gegeben, sobald sie im Kulturbeirat vorgestellt worden sind.

Beschluss:

entfällt

**8. Kunst im öffentlichen Raum
Sachstandsbericht über die Erfassung der Objekte**

Frau Dr. Conzen berichtet von der Erfassung der Kunstwerke auf öffentlichen Flächen durch den Bundesfreiwilligen Lucas Sauter und Frau Dr. Krüger-Bahr. Dieser Bestandsaufnahme sollen über den Standort hinaus auch Angaben über den Zustand des jeweiligen Kunstwerkes zugeführt werden. Darüber hinaus soll zukünftig eine Auswahl aus den Kunstwerken für eine Besichtigung mit entsprechender Beschriftung getroffen werden. Diese Auswahl soll mit den weiteren stadtplanerischen Gremien und dem evtl. zu bildenden Gremium für Kunst im öffentlichen Raum getroffen werden.

Ratsherr Oettinghaus weiß zu berichten, dass Herr Pahl ihm mitgeteilt hat, dass es bereits eine Veröffentlichung von ihm über Kunstwerke im öffentlichen Raum gibt, die Herr Pahl in der Vergangenheit erstellt hat. Er fragt, ob diese Liste als Grundlage für die Bestandsaufnahme genommen werden kann. Frau Dr. Conzen erklärt, dass die vorhandene Liste in der Städtischen Galerie bekannt, jedoch nicht mehr aktuell ist und dementsprechend ergänzt wurde.

Beschluss:

entfällt

**9. Erneuerung der Dauerausstellung Geschichtsmuseum
mündlicher Bericht zur weiteren Zeitplanung**

Herr Dr. Trox gibt einen Sachstandsbericht zum Beratungsverfahren der geplanten Erneuerung der Dauerausstellung. Mögliche Lösungen sollen am 19.06.2018 dem politischen Begleitgremium vorgestellt werden im Rahmen eines rund 150 Seiten starken Schriftstücks, das Zug um Zug reduziert und gebündelt wird. Darin wird eine museumsadäquate Erzählung der Stadtgeschichte enthalten sein. Möglicherweise sei bis dahin auch der Vorentwurf der beratenden Berliner Agentur beier + wellach.projekte schon fertig – samt einer Kostenschätzung. Es ist beabsichtigt, mit der Kostenschätzung Fördermittel in Höhe von 150.000 Euro bei der Kulturstiftung des Bundes für eine Teilprojektförderung einzuwerben. Sobald es Ergebnisse gibt, werden diese den entsprechenden Gremien und spätestens in der Kulturausschusssitzung im September 2018 bekannt gegeben. Der Betrieb des Museums soll währenddessen ungehindert weitergehen.

Beschluss:

entfällt

10. Verhalten/Vorgehensweise der Verwaltung

Ratsherr Ferber kritisiert den Umgang der Verwaltung mit der Politik, namentlich dem Kulturausschuss, dem Hauptausschuss und dem Rat. Aus der Tagespresse sind Angelegenheiten zu entnehmen, die im Ausschuss hätten besprochen werden müssen, was aber nicht ge-

schehen ist. Anfragen, die die Fraktion gestellt hatte, werden nicht beantwortet bzw. nicht in das Rats- und Informationssystem eingestellt.

Es geht ihm darum zu erfahren, an welchen Stellen in der Kulturverwaltung etwas angepasst werden müsste. Er hat den Eindruck, dass dies unbedingt erforderlich ist. Ratsherr Ferber möchte beantwortet haben, welche Aufgaben der Fachdienst Kulturmanagement erledigt, wenn nicht die Finanzverwaltung und das Controlling des Kulturhauses. Des Weiteren erwartet Ratsherr Ferber, dass das Begleitgremium Kulturhaus nicht als Geheimgremium bezeichnet wird. Das Gremium sieht seine Aufgabe darin, dass überlegt wird, wo Strukturen verändert werden können, unabhängig von Persönlichkeiten. Ratsherr Ferber betont, dass die Beschäftigten der Stadt Lüdenscheid kein komisches Gefühl haben müssen, wenn ihnen mal ein Fehler unterläuft, dass ihr Name plötzlich in der Zeitung erscheint. Er erwartet, dass der Dienstweg auch seitens der Verwaltung eingehalten wird, dass die Politik rechtzeitig und umfassend informiert wird.

Ratsherr Ferber hat den Eindruck, dass sich bezüglich der Vermietung der Säle des Kulturhauses und weiteres Personal, wie in der Vergangenheit mehrfach gefordert, nichts verbessert hat. Wichtig ist nun, zu überlegen, ob ordentlich gearbeitet worden ist und wie die Zukunft des Kulturhauses aussehen soll.

Außerdem erwartet Ratsherr Ferber, dass Anfragen an die Verwaltung auch beantwortet werden. Zusätzlich fordert er die Verwaltung auf, insbesondere den Beigeordneten Herrn Ruschin, solche Dinge – Fehlverhalten von Beschäftigten - nicht in der Öffentlichkeit zu diskutieren.

Herr Beigeordneter Ruschin stimmt Ratsherrn Ferber zu, dass die Arbeit der Verwaltung transparent sein muss und die Politik einen Informationsanspruch hat. Diesen Anspruch habe im Gegenzug auch er selbst. Er könne nur Informationen weitergeben, die er erhalten hat. Eine Information seinerseits zum Beispiel über das Tanzlandprojekt des Kulturhauses konnte er nicht bekanntgeben, weil ihm keine Informationen vorlagen und er das Wissen darüber aus den Medien erlangt habe. Deshalb sei die Einhaltung des Dienstweges für die Transparenz ganz besonders wichtig. Herr Beigeordneter Ruschin betont, dass er in seinen Stellungnahmen keine Namen genannt, sondern funktional gesprochen hatte. Es sei eine berechtigte Frage, welche Tätigkeiten der Fachdienst Kulturmanagement ausführt. Die Produktverantwortung allerdings liegt bei der Kulturhausleitung. Man müsse über Strukturen reden können, wobei Namensnennungen zu vermeiden sind.

Ratsherr Fröhling betont, dass man das Begleitgremium Kulturhaus kritisch hinterfragen dürfen muss, wobei er seine Mitarbeit zusagt. Die Kritik an den Abläufen in der Verwaltung muss für alle Bereiche gelten, immer und überall, und nicht nur gegen Herrn Beigeordneten Ruschin und das Kulturmanagement. Die Verwaltung hat ein Informationsrecht und eine Informationspflicht gegenüber der Politik.

Ratsherr Ferber entgegnet, dass er alle Beschäftigten gemeint habe. Er möchte keinen Namen irgendeines Beschäftigten in der Zeitung lesen. Die Inhalte der letzten Zeitungsartikel gehören nicht in die Öffentlichkeit. All diese personenbezogenen Angelegenheiten gehören in den nicht öffentlichen Teil einer Ausschusssitzung. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass das Begleitgremium Kulturhaus kein geheimes Gremium ist. Es soll dazu dienen, dass eine Berichterstattung im Kulturausschuss erfolgen kann. Das grundlegende Misstrauen der CDU-Fraktion ist nicht angemessen.

Ratsherr Holzrichter bezeichnet die Stellungnahme von Herrn Beigeordneten Ruschin als sehr technisch. Die Kulturhausleitung ist nach dem allgemeinen Verständnis nur eine Person, sodass jeder weiß, wer gemeint ist. Das Kulturmanagement hingegen ist ein Fachdienst mit mehreren Beschäftigten. Der derzeitige Umgang mit den Beschäftigten trägt nicht zur

Attraktivität der Stadt Lüdenscheid als Arbeitgeber bei. Es sollte sichergestellt sein, dass sich jeder traut, etwas zu sagen. Es sollte den Kommunalpolitikern „nicht nach dem Mund geredet“ werden. Die Beschäftigten machen im Wesentlichen ihre Arbeit. Frau Egelings Zielgruppe ist die Bevölkerung und aus dieser gibt es keine Leserbriefe mit Kritik über das Kulturhausprogramm.

Ratscherr Dudas stellt fest, dass die Ausführungen von Herrn Beigeordnetem Ruschin nicht zur Klarstellung beigetragen haben, sondern es kommen neue Fragen auf. Die Problematik im Kulturhaus besteht seit über einem Jahr, die öffentliche Debatte in den letzten Wochen hat die Lage verschärft. Ratscherr Dudas bezieht sich auf die Äußerung von Herrn Beigeordnetem Ruschin, dass aus den Reihen der politischen Vertreter Namen genannt worden sind und möchte wissen, wer dies war. Ratscherr Dudas bittet später Herrn Beigeordneten Ruschin noch einmal nachdrücklich um Beantwortung seiner Frage.

Ratscherr Fröhling stimmt der Kritik von Ratscherrn Ferber über den Umgang der Stadt Lüdenscheid mit den Führungskräften zu. Die Langzeiterkrankungen im Kulturhaus müssen hinterfragt werden. Er hat Anrufe von Mitarbeitern aus verschiedenen Bereichen erhalten und möchte alle ermutigen, die Umstände der Erkrankungen weiter zu hinterfragen. Die Bewertung des Kulturhauses durch die Öffentlichkeit ist wichtig, deshalb muss der Besucherrückgang geklärt werden. Dies wird von ihm erwartet.

Ratscherr Oettinghaus ist der Auffassung, dass die Verwaltung es sich gefallen lassen muss, wenn die Politik ein Vorgehen hinterfragt, ebenso ein Fachdienstleiter. Die Diskussion um Angelegenheiten der Kulturhausleitung sollte nicht in der Öffentlichkeit stattfinden. Gleichwohl ist Ratscherr Oettinghaus sehr verärgert, dass er auf diese Weise von der Bewerbung für ein anderes Haus erfahren hat.

Herr Beigeordneter Ruschin bringt zum Ausdruck, dass es sein Anliegen ist, alle Bediensteten zu schützen. Er hat sich sehr über die Zeitungsmittteilung in der Remscheider Tagespresse geärgert, weil er keinerlei Informationen dazu hatte. Der Dienstweg sei nicht eingehalten worden. Zu der ihm vorgeworfenen fehlenden Loyalität seiner Bediensteten gegenüber sagt er, dass Loyalität keine Einbahnstraße ist. Zu den Veröffentlichungen in der Tagespresse kann er keine Stellungnahme abgeben, weil er keine Informationen hat.

Ratscherr Fröhling bittet zu bedenken, dass der Arbeiterschutz auch für Herrn Beigeordneten Ruschin gilt und regt an, die Diskussion im nicht öffentlichen Teil weiterzuführen.

Herr Beigeordneter Ruschin verzichtet darauf und betont, dass er seine Rolle wahrnehmen dürfen muss.

Ratscherr Holzrichter erkundigt sich nach der Freigabe der öffentlichen Bekanntgabe in der Rheinischen Post durch die entsprechende Person, ob es eine Erkenntnis gibt, dass die Veröffentlichung abgesprochen ist.

Der Ausschussvorsitzende Ratscherr Adam bricht die Diskussion ab und geht zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

Beschluss:

entfällt

11. Verschiedenes

Keine Wortmeldung

Beschluss:

entfällt

12. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

12.1. Bekanntgaben

Beschluss:

entfällt

12.2. Beantwortung von Anfragen

Keine Wortmeldung

Beschluss:

entfällt

12.3. Anfragen

12.3.1. Bremecker Hammer

Ratsherr Eggermann bemängelt den „urwaldmäßigen“ Bewuchs rund um den Bremecker Hammer und fragt, ob das nicht geändert werden kann. Herr Dr. Trox wird das Anliegen an die Zentrale GebäudeWirtschaft weitergeben und in der nächsten Ausschusssitzung über das Ergebnis berichten.

Beschluss:

entfällt

12.3.2. Kulturförderung

Ratsherr Eggermann berichtet von einem Zeitungsartikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 04.06.2018 über ein Förderprogramm des Landes NRW und fragt, ob die Stadt Lüdenscheid nicht auch davon profitieren kann:

*Lückenbußgefahr
Land NRW unterstützt Theaterstädte*

Die schwarz-gelbe Landesregierung von Nordrhein-Westfalen schickt sich an, ihr Wahlversprechen einzulösen und den Kulturetat von derzeit rund 200 Millionen Euro bis 2022 um fünfzig Prozent aufzustocken. Davon entfallen 30 Millionen Euro auf die kommunalen Theater und Orchester, die zwanzig Millionen Euro als Basisförderung und zehn Millionen Euro zur Profilbildung erhalten. Die Höhe der zusätzlichen Landesmittel richtet sich nach den Personalkosten, erklärte Kulturministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (parteilos), als sie den Verteilungsschlüssel vorstellte. Der größte Betrag geht nach Köln, wo Bühnen und Gürzenich-Orchester bis 2022 zusammen 2,85 Millionen Euro mehr erhalten. Das Bindestrich-Bundesland unterhält aus historischen Gründen keine Staatstheater, Träger der Bühnen und Klangkörper sind die Kommunen, von denen die meisten hoch verschuldet sind; nur am Düsseldorfer Schauspielhaus ist das Land zu fünfzig Prozent beteiligt. Die Zusatzförderung soll über Wettbewerbe für „innovative Ansätze“ 2019 erstmals vergeben werden. Die Ministerin warnte die Städte, nach Erhöhung der Landesmittel ihr eigenes En-

gagement zurückzufahren: „Wir wollen ein Bekenntnis der Kommunen, sonst sind wir nur Lückenbüßer.“ aro

Herr Frenz und einige Ausschussmitglieder sind sich einig, dass die vorgetragene Förderung nur für Theater mit einem eigenen Ensemble in Frage kommt.

Beschluss:

entfällt

12.3.3. Anfragen Ratsherr Ferber

(Anmerkung: die Anfragen werden nach Absprache mit Ratsherrn Ferber zu einem späteren Zeitpunkt wiederholt.)

Beschluss:

entfällt

gez. Norbert Adam

gez. Kielgast

Vorsitzende/r

Schriftführer/in